

Lobbying im Bundeshaus



Kürzlich gab es im Bundeshaus einen Vorstoss, der das Lobbying von Interessensgruppen im Bundeshaus verbieten will. Im ersten Moment kam dieser Vorstoss bei mir gut an. Es darf doch nicht sein, dass unsere Parlamentarierinnen und Parlamentarier ständig von einflussreichen Gruppen mit Propagandamaterial eingedeckt werden! Aber bald führten mich meine Überlegungen auf eine andere Schiene. Sind unsere Leute in Bern mit den ihnen zur Verfügung stehenden Unterlagen überhaupt noch in der Lage, sich bei zum Teil hochkomplizierten Vorlagen in der zur Verfügung stehenden Zeit wirklich ein Bild zu machen? Ist das Lobbying wirklich nur negativ, oder kann man die Sache auch als ein Darlegen von Argumenten, Zahlen und Fakten ansehen? Und schliesslich sind gegensätzliche Interessensgruppen im Bundeshaus aktiv. Und so können die Angehörigen der Räte bei einer Sachvorlage sich ein Bild über die gegensätzlichen Meinungen machen. Und die Ungerechtigkeit der unterschiedlichen finanziellen Möglichkeiten innerhalb gegensätzlicher Interessen ist eine Realität, mit der wir in unserem Leben täglich konfrontiert sind. Dies ist bei den politischen Parteien nicht anders!

Ausserdem besitzt die Komplementärmedizin in Bundesbern selber eine Interessensvertretung, die im Zusammenhang mit der Volksinitiative «Ja zur Komplementärmedizin» Im National- und Ständerat sehr gute Arbeit geleistet hat! Diese Bemühun-

gen führten zu einer Gruppierung von Parlamentarierinnen und Parlamentariern und aus allen Fraktionen, die in den eidgenössischen Räten den Interessen der Komplementärmedizin mehr Gewicht verschaffen. Denn es ist eine Binsenwahrheit, dass die andere Seite, die Vertreter der Schulmedizin im Parlament und vor allem auch in den zuständigen Bundesämtern und Gremien, einen sehr grossen Einfluss hat.

Es ist dieser Parlamentariergruppe zu verdanken, dass vor kurzem ein Vorstoss eingereicht wurde, der auf die abnehmende Zahl komplementärmedizinischer Medikamente hinweist, die von der Grundversicherung bezahlt werden und vereinfachte Zulassungsbedingungen für solche Medikamente verlangt.

Wie könnten wir unsern Einfluss geltend machen, wenn das Lobbying im Bundeshaus verboten wäre?

Dr. C. Bachmann